

Pressemitteilung zur Ratssitzung

Osnabrück, 08.05.2018

Zur aktuellen Stunde zum Thema „Bezahlbarer Wohnraum“ und zum Tagesordnungspunkt „Wohnbauoffensive 2020“ erklärt die Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE. Stadt Osnabrück Giesela Brandes-Steggewentz:

„Es wurde höchste Zeit, dass das so drängende Thema „Bezahlbarer Wohnraum“ breit und öffentlich diskutiert wird. Die zivilgesellschaftliche Initiative zur Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft hat hier gute Arbeit geleistet.

Nun liegt es an der Politik im Osnabrücker Rat die Forderungen aufzugreifen und eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft auf den Weg zu bringen.

Für uns ist die Schaffung von ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum in Osnabrück das aktuellste und wichtigste Problem, das es zu lösen gilt. Das bedeutet wir müssen es schaffen Wohnraum für die Mehrheit der Bevölkerung in Osnabrück bereitzustellen und diskriminierungsfrei zu vermieten.

Der Markt ist dazu nicht in der Lage, private Investoren haben kein Interesse an der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Die Stadt muss daher als Akteurin auf dem Wohnungsmarkt auftreten und eine Lösung der öffentlichen Hand anbieten. Die Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft oder Genossenschaft ist überfällig!“

Zum Vorgang um den Antrag „Rahmenvorgabe für die Baulandentwicklung“ äußert sich Brandes-Steggewentz:

„Nach acht Monaten legt die Verwaltung nun endlich die „Rahmenvorgaben für die Baulandentwicklung“ im öffentlichen Teil vor und ermöglicht so eine öffentliche Diskussion und Beschlussfassung.

Unsere Fraktion hatte das undemokratische Vorgehen der Verwaltung bereits im letzten September gerügt und eine öffentliche Diskussion gefordert. Dies wurde seinerzeit abgelehnt. Erst nach einer Beschwerde bei der Kommunalaufsicht und einem neun monatigen Hin und Her, scheint bei der Verwaltung die Erkenntnis gereift hier einen undemokratischen Fehler begangen zu haben.

Wir sind natürlich froh, dass dieser Vorgang nun noch einmal öffentlich diskutiert werden kann und haben daher auch unseren Änderungsantrag aus der September Sitzung des letzten Jahres noch einmal vorgelegt.“

Zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. „Integration braucht Kontinuität: Keine Kürzung bei der Flüchtlingssozialarbeit!“ erklärt Heidi Reichinnek:

„Eins ist allen klar - Integration ist ein langfristiger Prozess. Die Erstversorgung hat Osnabrück mit den Hauptamtlichen und vor allem auch der großen ehrenamtlichen Unterstützung gemeistert, obwohl die Versorgung mit 6,75 Stellen für 4.600 Geflüchtete schon viel zu knapp bemessen ist. Doch jetzt geht es darum, Perspektiven für die Menschen zu schaffen - Wohnung und Grundversorgung sind erreicht, Ziele sind jetzt Spracherwerb, Ausbildung, Arbeit. Hinzu kommt der Familiennachzug, der unbedingt intensiv begleitet und unterstützt werden muss - Anmeldungen in Kindergärten und Schulen sind nur ein Beispiel.

Die Flüchtlingssozialarbeit leistet eine exzellente Arbeit, die durch eine Kürzung der Mittel zerschlagen würde. Die Integrationsarbeit braucht Kontinuität, damit sie langfristig erfolgreich sein kann. Aus den Kommunen muss ein deutliches Zeichen ans Land gesendet werden, dass die Sozialarbeit unbedingt weiterlaufen muss, um ein gutes Miteinander zu schaffen. Wenn das Land jetzt auf den Bund verweist, ist dies erneutes Taktieren um Finanzmittel auf dem Rücken der Beschäftigten und Betroffenen - besonders perfide, da in Land und Bund die gleichen Parteien regieren. Wir brauchen auf allen Ebenen ein klares Bekenntnis zu einer vernünftigen und dauerhaften Flüchtlingssozialarbeit. Auch wenn es zuallererst um die Menschen geht, sei nicht unerwähnt, dass Versäumnisse in der Integration zu deutlich höheren Folgekosten führen.“